

Der Open-Access-Publikationsserver der ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
The Open Access Publication Server of the ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Straubhaar, Thomas

Article

Große Koalition, großer Stillstand

Wirtschaftsdienst

Suggested citation: Straubhaar, Thomas (2006) : Große Koalition, großer Stillstand, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Vol. 86, Iss. 9, pp. 550-551, doi:10.1007/s10273-006-0556-2 , <http://hdl.handle.net/10419/42576>

Nutzungsbedingungen:

Die ZBW räumt Ihnen als Nutzerin/Nutzer das unentgeltliche, räumlich unbeschränkte und zeitlich auf die Dauer des Schutzrechts beschränkte einfache Recht ein, das ausgewählte Werk im Rahmen der unter

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen> nachzulesenden vollständigen Nutzungsbedingungen zu vervielfältigen, mit denen die Nutzerin/der Nutzer sich durch die erste Nutzung einverstanden erklärt.

Terms of use:

The ZBW grants you, the user, the non-exclusive right to use the selected work free of charge, territorially unrestricted and within the time limit of the term of the property rights according to the terms specified at

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>
By the first use of the selected work the user agrees and declares to comply with these terms of use.

Große Koalition, großer Stillstand

Die Steuern erhöht, Leistungen gekürzt, Vergünstigungen gestrichen, die Gesundheitsreform verschoben, die Steuerreform vertagt und die Arbeitsmarktreform gar nicht erst begonnen. Die Rente sicher gemacht, aber auf welchem Niveau? Und bei der Föderalismusreform über Vieles geredet, nur nicht über das Geld. Das ist in Stichworten die Bilanz der Bundesregierung ein Jahr nach der Bundestagswahl. Ist das genug, um die Staatshaushalte von Grund auf zu sanieren, die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen und um „unsere Zukunft nicht zu verbrauchen“, wie es Bundeskanzlerin Merkel jüngst gefordert hat?

Sicher: auch Deutschland bewegt sich. Doch zu Vieles passt im bunten Sammelsurium unterschiedlicher Einzelmaßnahmen nicht zusammen. Anderes widerspricht sich. So soll der konjunkturelle Aufschwung gestärkt werden, aber es werden die Steuern erhöht. Die Arbeitsmärkte sollen flexibilisiert werden, aber gleichzeitig werden immer mehr Tätigkeiten einer Mindestlohnregelung unterstellt. Das Staatsdefizit soll verringert werden, die Ausgaben jedoch wachsen ungebrochen weiter. Das Gesundheitswesen soll modernisiert werden, aber mehr Bürokratie und eine neue Behörde sind das Ergebnis – als wären die Verwaltung von Patientenakten und das Inkasso der Versicherungsbeiträge die Kernprobleme des deutschen Gesundheitswesens.

Die Bundesregierung regiert nicht nach einem eigenen großen Plan. Sie reagiert auf Schuldenberge, Haushaltslöcher, Massenarbeitslosigkeit und die sich abzeichnende Kostenexplosion der sozialen Sicherungssysteme als Folge der demographischen Alterung der Gesellschaft. Sie wirkt nicht, als würde sie mit einer gut durchdachten in sich schlüssigen Strategie die Zukunft Deutschlands gestalten, sondern schlicht so, als ginge es zuallererst darum, die Macht der Großen Koalition zu verwalten. Niemand weiß besser als die Bundeskanzlerin selber, auf welcher schiefen Bahn eine solche planlose Politik führen kann: „Das entscheidende Problem, über das wir sehr wohl nachdenken müssen, liegt viel tiefer. Es fehlt an der wichtigsten Voraussetzung für eine Gesundung unseres Landes: Es fehlt an Vertrauen. Es fehlt an Vertrauen in die politische Führung, an Vertrauen in die ökonomische und soziale Kraft unseres Landes, an Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten, Chancen und Möglichkeiten. Fatalismus greift um sich, mit all seinen Folgen. Notwendige, ja, auch harte Einschnitte und Kürzungen werden nur als Angriff auf die eigene Lebensqualität wahrgenommen. Ein Ziel der ganzen Operation? Nicht erkennbar. Der Nutzen für den Einzelnen? Nicht spürbar. Das ‚Warum‘ und ‚Wozu‘ von Reformen? Fehlanzeige. Reformen? Ein Wort, vor dem man sich per se schon fürchten muss. Und das Ergebnis des Ganzen? Wenn es gut kommt, bleibt es Wahlenthaltung, bei einer – wie jüngst formuliert wurde – Art nostalgischer Kapitulation. Wenn es schlecht kommt, kann aus Wahlenthaltung Protestwahl werden, aus Depression Rebellion, politische Rattenfänger inbegriffen.“ So hatte es die damalige Oppositionsführerin Angela Merkel in einer sehr persönlichen, sehr bewegenden Rede am 13. Jahrestag zur Deutschen Einheit am 1. Oktober 2003 im Deutschen Historischen Museum in Berlin formuliert. Was hat sie in ihrem ersten Regierungsjahr getan, um das Vertrauen der Bevölkerung für ihre Politik zu gewinnen?

Nun ist es in einer Demokratie zu billig, die Politiker zu schelten, weil sie nach der Wahl nicht tun, was sie vor der Wahl noch für richtig erachtet haben. So wenig wie Unternehmen Kostenersparnisse automatisch an ihre Kunden weitergeben, so wenig werden Politiker(innen) ohne Druck etwas tun, was die Bevölkerung so sehr verärgert, dass die Wiederwahlchancen gefährdet werden. Daher genügt es auch nicht, wenn kluge Sachverständige zum x-ten Male die richtigen



Thomas Straubhaar

Schritte zur ökonomischen Gesundung Deutschlands vorschlagen. Was zu tun wäre in Deutschland, ist sehr lange und bestens bekannt. Dass mehr Leistung und Wettbewerb zu mehr Wachstum und Beschäftigung führen, ist breiter Konsens. Deutschland hat kein Erkenntnisproblem. Deutschland hat ein Führungsproblem. Die Bundesregierung verspürt zu wenig Druck, zu tun, was gemacht werden müsste, um die Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nachhaltig zu sichern und den Menschen eine hoffnungsvolle Perspektive auf Wohlstand und ökonomische Sicherheit zu öffnen.

Doch wieso sollte die Bundeskanzlerin mit einer Reformpolitik Kopf und Kragen wagen, die den Interessen aller erst langfristig entspricht, kurzfristig aber bei vielen Protest und Wahlverweigerung hervorruft? Sie wollte die Macht. Nun hat sie die Macht, und so sicher wie heute konnte sich die Bundeskanzlerin ihrer Macht noch nie sein. Ein Nebenbuhler ist nicht in Sicht, weder außerhalb und schon gar nicht innerhalb ihrer Partei. So spricht aus ihrer Sicht nichts dagegen, zunächst die Geschicke der Großen Koalition möglichst lange zu verwalten, um zu einem ihr günstig scheinenden Zeitpunkt Neuwahlen zu provozieren oder spätestens am Ende der Legislaturperiode mit dem Bonus der Amtsinhaberin sich ein neues Mandat für ein neues Glück geben zu lassen. Jede andere Strategie hätte für die Bundeskanzlerin weit größere Risiken. Keine Politik weitreichender struktureller Reformen findet zur Zeit eine starke politische Mehrheit, das ist das klare Ergebnis der letzten Bundestagswahl.

Wer also vom abwartenden Verhalten der Kanzlerin enttäuscht ist, muss der rationalen Machtpolitikerin zuallererst aufzeigen, wieso eine „bessere“ Politik auch bessere Wiederwahlchancen und mehr Macht bei einer nächsten Bundestagswahl bedeuten sollte. Diese Forderung zu erfüllen, ist alles andere als einfach. Veränderungen, so unverzichtbar sie in der langen Frist auch sein mögen, wirken auf die breite Bevölkerung zunächst als Gefahr und weniger als Chance. Vielen scheint es, als würde ihnen etwas weggenommen oder nicht gewährt, was ihnen zusteht oder was sie verdient hätten. Die Anpassungskosten sind rasch spürbar. Arbeitslosengeld, Sozialleistungen oder Renten zu kürzen, ruft sofort Proteste hervor. Die Reformerfolge werden hingegen erst deutlich später sichtbar. Weswegen also sollte die Bundeskanzlerin die Offensive wagen, wenn deren kurzfristigen Folgen den Machterhalt und die Wiederwahl gefährden?

Die Bundeskanzlerin wird ihre Strategie erst dann ändern, wenn sie überzeugt ist, dass die Bevölkerung eine offensivere Politik honoriert. Nach den nahezu traumatischen Erfahrungen der Bundestagswahlen vom letzten Jahr, die sie nach großem Vorsprung auf der Zielgeraden fast noch verloren hätte, dürfte bei der Bundeskanzlerin das Misstrauen in den Reformwillen der Bevölkerung enorm ausgeprägt sein. Damit wird eines klar: Solange die Mehrheit der Deutschen fest daran glaubt, dass der Status quo für sie besser ist und strukturelle Veränderungen schlechter sind, solange wird eine rationale Machtpolitikerin in der sicheren Defensive verharren. Erst wenn Zukunftsängste um sich zu greifen beginnen, wenn für immer größere Teile der Bevölkerung die Kosten des Nichtstuns offensichtlicher werden, wenn Handlungs- und Verteilungsspielräume enger und enger werden und wenn immer deutlicher wird, dass nur kurzfristige Opfer langfristig mehr Sicherheit und mehr Wohlstand zu garantieren vermögen, wird in Deutschland die Stunde der Reformpolitiker(innen) schlagen. Das mag erst spät der Fall sein. Vielleicht auch zu spät. Denn bereits einmal in der jüngeren Vergangenheit galt für einen Teil Deutschlands: „wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“. Muss sich die Geschichte wirklich wiederholen? Wäre es nicht klüger, aus der Weisheit Michail Gorbatschows rechtzeitig die richtigen Lehren zu ziehen?